

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Taylan Kurt und Laura Neugebauer (GRÜNE)

vom 3. November 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. November 2025)

zum Thema:

Obdachlosigkeit und Drogenhandel im Wedding: Wie weiter rund um den Leopoldplatz?

und **Antwort** vom 27. November 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Nov. 2025)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Taylan Kurt (Grüne) und

Frau Abgeordnete Laura Neugebauer (Grüne)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24301

vom 3. November 2025

über Obdachlosigkeit und Drogenhandel im Wedding: Wie weiter rund um den Leopoldplatz?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher den Bezirk Mitte um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Zwei Jahre nach dem Sicherheitsgipfel des Regierenden Bürgermeisters hat sich die Situation rund um den Leopoldplatz verändert. Der Drogenhandel rund um den Aufenthaltsbereich ist stark rückläufig. Die Polizei ist regelmäßig sichtbar und präsent. Die Polizeiarbeit trägt vor Ort Früchte. Ebenso ist die Zahl suchtkranker Menschen rund um den Aufenthaltsbereich stark rückläufig. Gleichzeitig verteilen sich diese stärker im ganzen Kiez rund um den Leopoldplatz – im Malplaquet Kiez, Brüsseler Kiez, im Antonkiez, am Nauener Platz – was weiterhin Konflikte mit der Anwohner*innenschaft nach sich zieht. Armut und soziale Verelendung ist im öffentlichen Raum sichtbarer denn je.

Hierzu fragen wir den Senat:

1. Aus der schriftlichen Anfrage S19 / 19122 geht hervor, dass Fixpunkt das Projekt „Mobiles Drogenkonsumraum-Team/Drogenkonsummobil“ seit 2024 durchführt und dafür Mittel in Höhe von 1.576.746,00 € in 2024 erhalten hat. Wie häufig war das Drogenkonsummobil bzw. das Drogenkonsumraum-Team in 2024 bzw. 2025 am Leopoldplatz vor Ort, wie viele Konsumvorgänge wurden pro Monat im Drogenkonsummobil durchgeführt und wie viele suchtkranke Personen hierüber erreicht?

Zu 1.:

Das Drogenkonsumraum-Team von Fixpunkt e.V. war im Jahr 2024 von Januar bis Dezember an 269 Tagen am Leopoldplatz im Einsatz. Im Jahr 2025 war das Team von Januar bis einschließlich September an 218 Tagen vor Ort.

Im Jahr 2024 wurden für das Drogenkonsummobil am Leopoldplatz 4153 Konsumvorgänge (Durchschnitt pro Monat: 346 Konsumvorgänge) dokumentiert, im Jahr 2025 waren es (bis einschließlich September) 3426 Konsumvorgänge (Durchschnitt pro Monat: 380 Konsumvorgänge).

Neben dem Drogenkonsumangebot werden weitere Kontakte (z.B. Informations- und Beratungsgespräche) dokumentiert. Das waren im Jahr 2024 84.875 Kontakte (Durchschnitt pro Monat: 7073 Kontakte), im Jahr 2025 (bis einschließlich September) 75.426 Kontakte (Durchschnitt pro Monat: 8381 Kontakte).

Sowohl bei den Konsumvorgängen als auch bei den Kontakten werden Personen mehrfach gezählt, wenn sie das Angebot mehrfach in Anspruch nehmen.

Nutzende Personen (Individuen ohne Mehrfachzählung) werden monatlich nur für das Drogenkonsumangebot erfasst, nicht aber für die Kontakte. Das Drogenkonsumangebot nutzten in 2024 im Durchschnitt 88 Personen (mindestens 68, maximal 100 Personen) pro Monat, in 2025 im Durchschnitt 90 Personen (mindestens 73, maximal 133 Personen) pro Monat. Die Aussage ist nur pro Monat möglich. Nutzt eine Person das Angebot über mehrere Monate hinweg, wird sie erneut doppelt gezählt. Daher können die Zahlen der Nutzenden pro Monat nicht aufaddiert werden.

a) Handelt es sich bei den Kontakten und Konsumvorgängen um meist dieselben Personen, die erreicht wurden? Sollte nicht erhoben werden wie sich die Zahl der Beratungskontakte und Konsumvorgänge von der Anzahl der erreichten Personen unterscheidet?

Zu 1 a):

Siehe auch Antwort zu Frage 1.

Es werden monatlich sowohl die Anzahl der Konsumvorgänge als auch die Kontakte (beides mit Mehrfachzählung) als auch die Anzahl der nutzenden Personen dokumentiert. Beides ist für die Steuerung relevant.

2. Aus der schriftlichen Anfrage S19 /19122 geht ebenso hervor, dass aus Mitteln des Bezirks Mitte, Fixpunkt das „Projekt Mitte“ im Rahmen des integrierten Handlungskonzepts durchführt und hierbei u.a. Straßensozialarbeit / individuelle Beratung / Beratungsangeboten vor Ort anbietet. Wo genau findet dieses

Angebot im Wedding wie oft die Woche statt und wie haben sich hier die Zahl der Kontakte oder Beratungen entwickelt?

Zu 2.:

Das Projekt „Mitte – im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes Leopoldplatz/Mitte – Niedrigschwellige und aufsuchende gemeinwesenorientierte Drogen- und Suchthilfe“ setzt zurzeit folgende Bausteine um:

- Niedrigschwellige und aufsuchende gemeinwesenbezogene Kontakt- und Sozialarbeit auf der Straße, ausgehend vom Leopoldplatz im gesamten Bezirk Mitte mit Schwerpunkt Moabit und Wedding
- Angebote der niedrigschwelligen Beschäftigung als tagesstrukturierende Maßnahmen für Menschen mit missbräuchlichem Konsum von psychoaktiven Substanzen oder substanzinduzierten Störungen, die sich primär im öffentlichen Raum aufhalten

Die niedrigschwellige gemeinwesenbezogene Kontakt-, Sozial- und Beratungsarbeit in einer Kontakt- und Beratungsstelle am Leopoldplatz kann wegen fehlender Räumlichkeiten weiterhin nicht realisiert werden. Der Fixpunkt-Container am Leopoldplatz wird vom Mobilen Drogenkonsumraum-Team des Fixpunkt e. V. genutzt. Schwerpunkt der Straßensozialarbeit im Wedding sind insbesondere der Leopoldplatz und dessen direktes Umfeld (Osramkiez, Antonkiez, Brüsseler Kiez, Sprengelkiez), der Nauener Platz und die Osloer Straße inklusive Soldiner Kiez. Das Angebot wird von Montag bis Freitag an wechselnden Orten und zu unterschiedlichen Zeitanteilen und Tages- und Jahreszeiten vorgehalten. Die Zahl der Kontakte ist im Vergleich der Zeiträume Januar bis Oktober in den Jahren 2024 und 2025 eher rückläufig. Waren es in 2024 2.651 Kontakte in 518,5 Std. (5,1 Kontakte pro Stunde), so erfolgten in 2025 3.068 Kontakte in 677,25 Std. (4,5 Kontakte pro Stunde). Der Beratungsbedarf war im gleichen Zeitraum hingegen deutlich erhöht (712 Informations- und Beratungsgespräche in 2024 und 827 Informations- und Beratungsgespräche in 2025). Die Zahlen beziehen sich auf alle Einsatzorte der Straßensozialarbeit.

Die tagesstrukturierende Beschäftigung fand in den Fixpunkt-Räumen in der Utrechter Straße 44 in 13347 Berlin und im öffentlichen Raum, insbesondere an und um den Leopoldplatz, in den Vergleichszeiträumen Januar bis Oktober 2024 und Januar bis Oktober 2025 von Dienstag bis Freitag statt. Es nahmen in 2024 im Durchschnitt 14,3 Personen teil und es erfolgten 467 Informations- und Beratungsgespräche. In 2025 fanden 474 Informations- und Beratungsgespräche mit durchschnittlich 14,4 Personen statt.

a) Welche Erkenntnisse liegen Fixpunkt e.V. über die suchtkranken und / oder obdachlosen Menschen vor Ort vor? Wie hat sich deren Zahl entwickelt in den vergangenen zwei Jahren? Bitte angeben nach Geschlecht, Herkunft, Grund der Obdachlosigkeit, Suchtmittelabhängigkeit, Sozialleistungsanspruch, Dauer der Obdachlosigkeit, Möglichkeit eines festen Schlafplatzes.

Zu 2 a):

Das Projekt „Mitte – im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes Leopoldplatz/Mitte – Niedrigschwellige und aufsuchende gemeinwesenorientierte Drogen- und Suchthilfe“ erfasst hierzu keine Daten. Der Zugang zu den Angeboten erfolgt anonym, um Zugangsbarrieren abzubauen. Es werden neben rein statistischer Erfassung von Kontakten lediglich das Geschlecht sowie Beratungsinhalte und Vermittlungen erfasst, aus denen sich entsprechende Problemlagen und persönliche Bedarfe ableiten lassen. Eine Rückmeldung von Klientinnen und Klienten oder Einrichtungen, ob die vermittelten Personen tatsächlich von der Einrichtung weiter unterstützt werden, erfolgt nur im Einzelfall und wird somit nicht erfasst.

Im Vergleichszeitraum Januar bis Oktober 2024 waren von den 2.651 Kontakten im Rahmen der Straßensozialarbeit 351 Kontakte weiblich. In 2025 fanden im gleichen Zeitraum von 3.068 Kontakten 505 Kontakte mit weiblichen Personen sowie fünf Kontakte mit der Geschlechtsangabe „divers“ statt. Im Vergleichszeitraum Januar bis Oktober 2024 erfolgten 168 Informations- und Beratungsgespräche mit eindeutig suchtbezogenem Schwerpunkt, aus denen sich 74 Vermittlungen in weiterführende Angebote der Suchthilfe ergaben. In 2025 waren es im gleichen Zeitraum 269 Informations- und Beratungsgespräche mit 172 Vermittlungen. Die Obdachlosigkeit betreffend fanden im Vergleichszeitraum Januar bis Oktober 2024 105 Informations- und Beratungsgespräche statt und es erfolgten 36 Vermittlungen in weiterführende Angebote der Wohnungsnotfallhilfe. In 2025 waren es im gleichen Zeitraum 152 Informations- und Beratungsgespräche mit 76 Vermittlungen.

b) Wie unterscheidet sich die aufsuchende Sozialarbeit von Fixpunkt e.V. von der des Sozialamts Mitte?

Zu 2 b):

Die Angebote von Fixpunkt e.V. richten sich an substanzmittelnutzende Personen und konzentrieren sich auf die Suchterkrankung. Sie befassen sich auch gemeinwesenorientiert mit der Thematik des öffentlichen Drogenkonsums. Für das Team der Mobilen Sozialarbeit (MSA) der Sozialen Wohnhilfe Mitte steht die Beseitigung von Obdachlosigkeit nach dem ASOG im Vordergrund. Beide Angebote arbeiten ergänzend und eng seit über sechs Jahren zusammen. Ergänzt wird diese Arbeit durch das im Rahmen der Maßnahmen des Sicherheitsgipfels finanzierte Aufsuchende Casemanagement (ACM) des Bezirksamts Mitte, welches individuelle Betreuung auf dem Leopoldplatz vornimmt. Diese umfasst Prüfungen von möglichen Leistungen des Regelsystems, Unterbringung und Antragstellungen. Ein weiterer Aspekt der Arbeit der Mobilen Sozialarbeit und des Casemanagements ist die Vernetzung mit anderen Akteurinnen und Akteuren und Angeboten; im Übrigen wird auf die Antwort unter Nr. 2 c) verwiesen.

c) Konnten weitere Personalstellen über Mittel aus dem Sicherheitsgipfel beim Bezirksamt geschaffen werden um die aufsuchende Sozialarbeit vor Ort zu verstärken (vgl. S19-19122 „Umgesetzt wurden bisher nur die Angebote der aufsuchenden Wohnungslosenhilfe des Bezirksamtes Mitte, diese bezieht sich auf alle wohnungslosen Menschen.

Die über die Maßnahmen des Sicherheitsgipfels vorgesehene stadtweite aufsuchende Sozialarbeit, die auch den Leopoldplatz einbezieht, befindet sich derzeit noch im Aufbau“)?

Zu 2 c):

Das bezirkliche über Mittel aus dem Sicherheitsgipfel finanzierte ACM startete am 10.03.2025 mit einem Sozialarbeiter (100%) und wurde zum 15.08.2025 (100%) mit einer Sozialarbeiterin erweitert. Zusätzlich steht dem ACM seit dem 01.09.2025 eine Assistenz zur Verfügung, die jedoch aus anderen Mitteln finanziert wird.

Die stadtweite aufsuchende Sozialarbeit über den Träger Fixpunkt e.V. startete im September 2024. Nach einer Aufbauphase führt seitdem ein Projektteam des Fixpunkt e.V. ein stadtweites Monitoring und sozialarbeiterische Interventionen in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen Formaten durch: In Bezirken und Stadtteilen, in denen es keine Straßensozialarbeit mit Schwerpunkt öffentlichem Drogenkonsum gibt, werden das Monitoring und die sozialarbeiterischen Interventionen vom Projektteam ausschließlich selbst durchgeführt. In Bezirken, in denen bereits bezirklich geförderte Projekte oder Maßnahmen der drogen- und suchtbefragten Straßensozialarbeit tätig sind, erfolgt das Monitoring in Kooperation bzw. Abstimmung mit den vor Ort tätigen Straßensozialarbeit-Teams. Sozialarbeiterische Interventionen erfolgen in Absprache mit den bereits im Bezirk tätigen Teams.

Des Weiteren erfolgt über ein Projektteam der stadtweiten aufsuchenden Sozialarbeit der Drogennotdienst gGmbH (vormals Notdienst e.V.) im Verbund mit der Vista gGmbH seit Januar 2025 aufsuchende und nachgehende Sozialarbeit im öffentlichen Raum in Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf und Mitte, die Vernetzung mit medizinischen Einrichtungen (Krankenhäusern und Rettungsstellen), die Ausgabe von Hilfsmaterialien, Beratung und Vermittlung sowie berlinweit die Identifikation konsumbelasteter Orte durch regelmäßige Begehungen von Orten basierend auf Bedarfen und Funden.

3. Welche Erkenntnisse liegen neben Fixpunkt e.V. weiterhin dem Senat sowie vor Ort tätiger Akteure wie der aufsuchenden Sozialarbeit, dem Sozialamt etc. über die suchtkranken und / oder obdachlosen Menschen vor Ort vor? Wie hat sich deren Zahl entwickelt in den vergangenen zwei Jahren? Bitte angeben nach Geschlecht, Herkunft, Grund der Obdachlosigkeit, Suchtmittelabhängigkeit, Sozialleistungsanspruch, Dauer der Obdachlosigkeit, Möglichkeit eines festen Schlafplatzes. Bitte auch angeben für den Sprengelkiez, Brüsseler Kiez, Brunnenviertel, Antonkiez, Leopoldplatz, Malplaquetkiez. Sollten sich diese Zahlen sozialräumlich von denen von Fixpunkt e.V. unterscheiden – wie erklärt sich dies der Senat?

Zu 3.:

Eine statistische Erfassung der Betroffenen vor Ort findet erst seit dem 10.03.2025 mit der Einrichtung des ACM statt, sodass eine Entwicklung der Fallzahlen seitens des Amtes für Soziales nicht dargestellt werden kann. Von den täglich bis zu 120 Besuchenden des Leopoldplatzes sind etwa ein Viertel der Betroffenen weiblich. Es wurden 17 Rollstuhlfahrende identifiziert, was den durchschnittlichen Anteil in der Bevölkerung übersteigt. Festgestellt wurde, dass 5-8 Personen Amputationen der unteren Extremitäten und/oder Ödeme und chronisch offene Wunden aufweisen. Eine nicht deutsche, obdachlose Person im Rollstuhl hat einen Dauerkatheter (sehr hohe Infektionsgefahr). Pflegegrad 2 und Drogenkonsum sind exemplarisch für eine komplexe Problemlage. Die sozialrechtlichen Ansprüche sind teilweise gegeben, können aber durch strukturelle Rahmenbedingungen und fehlende Angebote (z.B. ambulante Pflege auf der Straße) nicht immer umgesetzt werden.

4. Inwiefern gibt es eine Zunahme und Verschiebung von suchtkranken und obdachlosen Personen aus anderen Berliner Kiezen Richtung Leopoldplatz? Worauf ist dies zurückzuführen?

Zu 4.:

Explizite Bewegungen der Szene in Richtung Leopoldplatz sind derzeit nicht bekannt. Im Oktober sind die Nutzendenzahlen im Rahmen der Angebote von Fixpunkt e.V. (Drogenkonsummobil und Beratungscontainer) saisonbedingt wieder gestiegen. Es wird davon ausgegangen, dass es eine gewisse Mobilität innerhalb Berlins gibt. Verlässliche Daten und Erkenntnisse, woher bzw. aus welchen anderen Berliner Kiezen die suchtkranken und obdachlosen Personen am Leopoldplatz kommen, liegen aber nicht vor.

5. Trifft es zu, dass die Zahl obdachloser Menschen mittlerweile zunehmend ist, während die Zahl stark suchtkranker Personen rückläufig ist und wie erklärt sich dies der Senat bzw. vor Ort tätige Akteure

Zu 5.:

Eine Zunahme obdachloser Menschen am Leopoldplatz kann nicht mit Datenmaterial belegt werden. Dies gilt ebenso für die Rückläufigkeit suchtkranker Menschen.

6. Wie ist der Sachstand zur Schaffung von Notunterkünften bzw. Übernachtungsmöglichkeiten für suchtkranke und obdachlose Personen im Wedding? Wie ist hierbei insbesondere der Sachstand für die vom Bezirksamt Mitte angedachte Unterkunft in der Seestraße 49? Warum hat der Senat aus Mitteln des Sicherheitsgipfels entsprechende Angebote vor Ort bisher nicht finanziert und ist angedacht dies in Zukunft zu tun?

Zu 6.:

Im Rahmen der Berliner Kältehilfe stehen in der Saison 2025/2026 im Bezirk Mitte insgesamt 170 Plätze in Notübernachtungen sowie 15 Plätze in einem Nachtcafé zur Verfügung. Ein Angebot mit 20 Plätzen richtet sich speziell an Frauen.

Darüber hinaus wird kontinuierlich und ganzjährig eine Objektakquise zur Erweiterung und Sicherung entsprechender Angebote im Rahmen der Berliner Kältehilfe in ganz Berlin betrieben. Für die Saisons 2024/2025 und 2025/2026 befanden sich im Bezirk Mitte sechs Objekte in Prüfung, die jedoch nicht realisiert werden konnten.

Zwischen dem Bezirksamt Mitte und dem Träger milaa gGmbH besteht seit dem 01.03.2025 eine Kooperationsvereinbarung. Konzeptionell werden in der Seestr. 49, 13353 Berlin seither ausschließlich suchtmittelabhängige und -nutzende Personen nach dem ASOG untergebracht. Die Einrichtung hat 21 Plätze.

Mit dem Träger vista gGmbH ist seit Herbst 2024 vor Ort ein erfahrener Träger im Bereich der Arbeit mit suchterkrankten Personen tätig. Die Finanzierung der aufsuchenden Suchtberatung für wohnungslose Substanzgebrauchende erfolgt aus Mitteln des Sicherheitstischs über die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege.

Bei den im Rahmen des Sicherheitstischs zur Stärkung der Sicherheit und Sauberkeit in Parks sowie an öffentlichen Orten und zur Verhinderung von Sucht und Obdachlosigkeit zur Verfügung gestellten Mitteln handelt es sich um Verstärkungsmittel, die einer zeitlichen Befristung bis zum 31.12.2025 unterliegen. Die Finanzierung von auf Dauer angelegten Einrichtungen über diese Mittel ist insofern nicht möglich.

Zu zukünftigen Planungen kann Auskunft gegeben werden, sobald der Gesetzgeber einen gültigen Haushalt für die Jahre 2026/2027 beschlossen hat.

7. Bei wie vielen suchterkrankten Personen ist es bisher rund um den Leopoldplatz gelungen sie in ambulante bzw. stationäre therapeutische Maßnahmen zu vermitteln?

Zu 7.:

Eine statistische Erfassung für einzelne Sozialräume erfolgt (angebotsübergreifend) nicht. Je nach Angebot wird eine Vermittlung in ambulante und stationäre therapeutische Maßnahmen in jedem Einzelfall geprüft.

8. Bei wie vielen obdachlosen Personen ist es bisher rund um den Leopoldplatz gelungen sie in Wohnungslosenunterkünften nach dem ASOG unterzubringen?

Zu 8.:

Eine statistische Erfassung für einzelne Sozialräume erfolgt (angebotsübergreifend) nicht. Der Bezirk Mitte meldet, dass von 31 im Rahmen des ACM intensiv betreuten Personen 13 in ASOG-Unterkünften untergebracht werden konnten.

9. Aus der schriftlichen Anfrage S19-19122 geht hervor: „Um passgenau auf die Bedürfnisse reagieren zu können, wäre eine Erhebung von Daten notwendig, um einerseits die Bedürfnisse des Personenkreises der Crack-Gebrauchenden besser zu kennen, aber auch durch einen partizipativen Ansatz deren selbst definierte Bedürfnisse mit einzubeziehen. Grundsätzlich ist der Bereich der Wohnungslosenhilfe für drogengebrauchende Menschen noch ausbaufähig.

Entsprechende Angebote, die ebenfalls Szene nah sind, fehlen. Für eine gesundheitliche Stabilisierung sind niedrigschwellige Angebote der psychiatrischen Versorgung und Substitution ebenfalls dringend erforderlich. Der Personenkreis der nichtkrankenversicherten Menschen ist besonders belastet, da für diese Gruppe keinerlei niedrigschwellige Angebote zur Verfügung stehen“.

Welche Veränderungen hat es hier in den vergangenen 1,5 Jahren gegeben und welche entsprechenden Angebote hat der Senat geschaffen, um die entsprechenden Zielgruppen zu erreichen?

Zu 9.:

Zum tieferen Verständnis der Crack-Thematik hat die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege über Mittel des Sicherheitsgipfels Anfang 2025 eine Studie in Auftrag geben können.

Im Rahmen dieser Studie sollen alle vorhandenen Daten zur Erfassung der Problemlage in Berlin zusammengetragen werden, so dass ein Überblick über die aktuelle Situation, Versorgungsmöglichkeiten, Versorgungshemmnisse/Zugangsbarrieren ins Hilfesystem und Versorgungsbedarfe sowie Schnittstellenprobleme identifiziert werden und entsprechende Ableitungen/Schlussfolgerungen daraus gezogen werden können.

Die Ergebnisse der Studie werden Ende 2025 vorliegen. Darüber hinaus wird sich das Sonderkapitel der jährlichen Berliner Suchthilfestatistik für das Datenjahr 2024 dem Thema Crack-Konsumierende in der ambulanten und stationären Suchthilfe in Berlin widmen. Die Veröffentlichung wird Anfang 2026 vorliegen.

Zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von drogenabhängigen Personen mit unklarem Krankenversicherungsschutz haben die Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen und vier Träger der Berliner Suchthilfe im Oktober 2024 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, die darauf abzielt, Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz über die Sozialarbeitenden in den Drogenkonsumräumen und Kontaktstellen direkt in Arztpraxen zu vermitteln, um die Substitutionsbehandlung zeitnah einzuleiten. Die Clearingstelle stellt dafür nach Abstimmung Kostenübernahmescheine aus und übernimmt die Kosten für die Substitution. Diese Maßnahme wird seit Frühjahr 2025 ebenfalls aus Mitteln des Sicherheitsgipfels begleitend evaluiert und soll Auskunft darüber geben, ob und wie die Kooperationsvereinbarung zwischen Clearingstelle und Trägern der Suchthilfe dazu beiträgt, Menschen aus schwierigen Lebenslagen in eine gesundheitlich und sozial bessere Lage zu versetzen.

Darüber hinaus soll aufgezeigt werden, wie auf der Straße lebende oder sich aufhaltende Menschen in bestehende Versorgungssysteme integriert werden können. Lücken sollen aufgezeigt und Vorschläge gemacht werden, welche Maßnahmen es darüber hinaus bräuchte, um eine adäquate Versorgung zu gewährleisten.

Die Ergebnisse der Studie werden ebenfalls Ende 2025 vorliegen.

10. Ist die Finanzierung entsprechender Maßnahmen für die kommenden beiden Jahre gesichert, um suchtkranke und obdachlose Personen rund um den Leopoldplatz zu erreichen?

Zu 10.:

Die Weiterentwicklung der niedrighschwelligen Notübernachtungen für wohnungslose Menschen ist von der Haushaltslage des Landes Berlin abhängig. Vorbehaltlich des Beschlusses zum Haushaltsgesetz – Doppelhaushalt 2026/2027 – ist eine Ausweitung des Angebots am Leopoldplatz nicht vorgesehen.

Das über das Bezirksamt Mitte finanzierte „Projekt Mitte“ von Fixpunkt e.V. ist auch in den kommenden beiden Jahren über den Bezirkshaushalt gesichert. Das Amt für Soziales hofft auf eine Weiterführung des Projekts, um das ACM weiterhin finanzieren zu können, hat aber keine Erkenntnisse zum Fortgang der Maßnahmen aus dem Sicherheitsgipfel über den 31.12.2025 hinaus.

Die Weiterführung und Finanzierung von Maßnahmen der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege ist abhängig von den ab dem Haushaltsjahr 2026 im Einzelplan 09 Kapitel 0920 zur Verfügung stehenden Mitteln.

11. Wie ist der aktuelle Sachstand zum Aufbau eines weiteren Behandlungszentrums zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung gemäß den Sicherheitsanforderungen des Landeskriminalamtes? Der Senat teilte hierzu vor 1,5 Jahren ein Betreiber sowie geeignete Räume stünden in Spandau bereits zur Verfügung. Wurden die bauvorbereitenden Maßnahmen dort abgeschlossen?

Zu 11.:

Die Sicherheitsumbauten in den Praxisräumen der AID Spandau zur Nutzung als Diamorphinambulanz konnten im Frühsommer 2025 abgeschlossen werden. Die Diamorphinambulanz wurde am 8. September 2025 eröffnet.

12. Aus der schriftlichen Anfrage S19-19122 geht hervor: „Darüber hinaus befindet sich die Verordnung über die Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb von Drogenkonsumräumen in Überarbeitung mit dem Ziel, Zugänge zu Konsumraumangeboten zu erleichtern und Nutzungsbarrieren abzubauen.“ Wie ist hierzu der aktuelle Sachstand?

Zu 12.:

Die Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb von Drogenkonsumräumen wurde überarbeitet und am 04.11.2025 im Senat verabschiedet. Sie tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

13. Aus der schriftlichen Anfrage S19-19122 geht hervor: „Der Senat befasst sich im Rahmen des Sicherheitsgipfels auch mit der Frage, inwieweit Unterbringungsangebote den rechtlichen Standards entsprechende Konsumgelegenheiten für obdachlose drogenkonsumierende Menschen vorhalten sollten, um den Bedürfnissen der betroffenen Menschen stärker Rechnung zu tragen und um den öffentlichen Raum zu entlasten.“ Wie lautet das Ergebnis dieser Prüfung und was ist hier der aktuelle Sachstand?

Zu 13.:

Die unter 12. genannte Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb von Drogenkonsumräumen sieht in § 3 Absatz 1 folgendes vor: „(1) Der Drogenkonsumraum muss von einem anerkannten Träger der Drogen- und Suchthilfe betrieben werden und von sonstigen Räumlichkeiten des Trägers räumlich abgegrenzt sein. Er kann sich auch in einer nicht dem Träger zugehörigen Einrichtung der Sucht- oder Wohnungslosenhilfe, einer mobilen Einrichtung oder vergleichbaren Örtlichkeiten befinden.“

14. Welche Planungen gibt es beim Senat das Konzept der Kiezhausmeister im Brüsseler Kiez zu verstetigen und auf weitere Gebiete im Wedding auszubauen und wenn nein, warum nicht?

Zu 14.:

Der Bezirk Mitte hat im Rahmen der Maßnahmen des Berliner Sicherheitsgipfel drei Kiezhausmeister eingestellt. Einer dieser Kiezhausmeister ist für einen Teil des Brüsseler Kiezes zwischen Müller- und Antwerpener Straße zuständig. Auch der Sprengelkiez wird von diesem Kiezhausmeister betreut. Die anderen zwei Kiezhausmeister sind für den Malplaquetkiez und den Antonkiez zuständig. Die Fortführung der Maßnahmen ist abhängig von der Verfügbarkeit von Mitteln des Sicherheitsgipfels.

15. Welche Maßnahmen wurden zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls rund um den Leopoldplatz (Malplaquet- und Antonkiez bis zum Martha-Ndumbe-Platz) und im Brüsseler Kiez in den vergangenen 1,5 Jahren ergriffen und welche sind zusätzlich geplant?

Zu 15.:

Vom Bezirksamt Mitte wurden auf dem Leopoldplatz zwei Bauwagen als sogenannte Infopoints errichtet, die vom Platzteam Leopoldplatz betreut werden. Das Platzteam -

bestehend aus zwei Infomeistern und zwei Platzhausmeistern - ist hauptsächlich auf dem Leopoldplatz unterwegs, wobei auch der Rathausvorplatz und der Friedhof in der Turiner Str. täglich abgelaufen werden. Die Platzhausmeister entfernen täglich den Müll auf dem Leopoldplatz und kümmern sich auch um die Beseitigung von Konsumrückständen (Spritzen o.Ä.). Das Platzteam ist täglich in den Infopoints auf dem Leopoldplatz vor Ort ansprechbar.

In den obengenannten Kiezen sind die Kiezhausmeister mit Lastenrädern unterwegs. Durch den Einsatz der Kiezhausmeister wird in den genannten Bereichen die Einhaltung der Verhaltensregeln in den Grünanlagen und Friedhöfen kontrolliert. Außerdem werden kleinere Reparaturen wie bspw. das Wiederanbringen von Schildern oder das Austauschen von Banklatten vorgenommen sowie die Beseitigung von Vermüllung inkl. Konsumrückständen. Darüber hinaus sind die Kiezhausmeister jederzeit ansprechbar. Zusätzlich haben die vielfältigen kulturellen Veranstaltungen den Leopoldplatz in den vergangenen 1,5 Jahren positiv belebt.

Für die drogengebrauchenden obdachlosen Personen auf dem Leopoldplatz wurde im Sozialamt des Bezirksamts Mitte das Aufsuchende Casemanagement eingerichtet, welches die Personen bestmöglich in Unterkünfte vermittelt.

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege hat die Standzeiten des Drogenkonsummobils des Trägers Fixpunkt e.V. am Leopoldplatz in den letzten 1,5 Jahren in den Vormittagsstunden weiter ausbauen können. Seit dem 01.06.2025 steht das Drogenkonsummobil am Leopoldplatz konsumierenden Menschen von Montag bis Freitag in der Zeit von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr zur Verfügung.

Im angefragten Zeitraum hat der raumverantwortliche Polizeiabschnitt (A) 17 im Bereich des Leopoldplatzes umfangreiche polizeiliche Maßnahmen umgesetzt. Diese wurden dabei sowohl von Fachkommissariaten der Polizeidirektion 1 (Nord) im Referat Kriminalitätsbekämpfung als auch von Einsatzeinheiten der Polizeidirektion Einsatz/Verkehr unterstützt. Der Schwerpunkt lag dabei in der Bekämpfung der Drogendelikte sowie deren Begleitkriminalität, die dazu geeignet sind, das Sicherheitsgefühl der Anwohnenden maßgeblich zu beeinträchtigen.

Die von der Polizei Berlin durchgeführten Maßnahmen können konkret wie folgt benannt werden:

- Einsatz der mobilen Wache im Bereich des Leopoldplatzes
- regelmäßige Durchführung repressiver sowie präventiver Schwerpunkteinsätze unter dem Einsatz erhöhter Kräfteressourcen
- nahezu täglicher Einsatz einer Brennpunkstreife zu wechselnden Zeiten, insbesondere im Bereich des Leopoldplatzes, unter Ergänzung einer operativen Komponente

- Anpassung der Einsatzzeiten der Brennpunktstreife an die tatsächlichen Belastungszeiten zur Gewährleistung eines zielgerechteren und effizienteren Ressourceneinsatzes
- Einrichtung des Steuerungsbüros Leopoldplatz als zentrales Steuerungsinstrument, angegliedert an den A 17, zur kontinuierlichen Netzwerkpflge mit Akteuren des Leopoldplatzes und Anwohnenden sowie Koordination der polizeilichen Einsätze am und im Umfeld des Leopoldplatzes auf Grundlage einer fundierten Lageauswertung ab Oktober 2024
- Begleitung der Einführung der Waffen- und Messerverbotszone (WMVZ) durch umfangreiche schwerpunktmäßige Einsätze sowie präventive und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen (u. a. Verteilen von Flyern)
- verstärkte Bestreifung des Martha-Ndumbe-Platzes und Durchführung zielgruppenorientierter sensibilisierender Ansprachen, unter anderem unter Angehörigen der Drogenszene, in Absprache unter Begleitung von Sozialarbeitenden des Fixpunkt e. V.
- Intensivierung des bisherigen Einsatzes der zwei Kontaktbereichsdienste sowie der damit einhergehenden polizeilichen Tätigkeiten innerhalb der angrenzenden Kontaktbereiche; dies gilt ebenso für die polizeilichen Präventionsmaßnahmen im Bereich des Leopoldplatzes
- aktive Mitwirkung des Präventionsbereichs, der zuständigen Dienstgruppenleitungen und der Abschnittsleitung an der Fortentwicklung der örtlichen Gestaltung im Sinne der städtebaulichen Kriminalprävention und konzeptioneller Ansätze zur positiven Ausprägung des Platzes

Grundsätzlich führt die Polizei Berlin eine fortwährende und sorgfältige Lageauswertung über die Situation am Leopoldplatz durch, um schnell auf sich ändernde Gegebenheiten und sich entwickelnde Problemfelder effektiv und konsequent durch eine koordinierte und zielgenaue Steuerung von Einsatzmaßnahmen zu reagieren. Zur nachhaltigen Bekämpfung der Kriminalität und Vorbeugung von Straftaten ist ein ganzheitlicher Ansatz notwendig, der sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen sowie die Bereitstellung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten beinhaltet.

Um dies sicherzustellen, wird die bereits intensiv durchgeführte Netzwerkpflge fortgesetzt und die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Bezirk und weiteren Akteurinnen und Akteuren auch zukünftig auf einem hohen Niveau gehalten.

16. Wie hat sich die Waffen- bzw. Messerverbotszone auf dem Leopoldplatz auf die Sicherheitslage vor Ort aus Sicht des Senats ausgewirkt? Wie viele Kontrollen fanden bisher statt und wie viele Waffen bzw. Messer wurden sichergestellt? Gibt es Überlegungen diese Zone im Wedding auszuweiten?

Zu 16.:

Die Polizei Berlin bewertet die ersten Monate seit Einrichtung der Waffen- und Messerverbotszone (WMVZ) Leopoldplatz am 15. Februar 2025 insgesamt als Erfolg. Die polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der eingerichteten WMVZ bewirken eine deutliche Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung sowie von Besuchenden des Platzes. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass selbst viele der kontrollierten Personen die Maßnahmen positiv bewerten und Verständnis dafür zeigen.

Ein erster Vergleich der Kriminalitätslage in Bezug auf die für die WMVZ relevanten Delikte (Delikte gemäß § 42 Absatz 5 Nr. 1 a) und b) Waffengesetz (WaffG) sowie Messerangriffe) ergab für die WMVZ Leopoldplatz seit ihrer Einführung bis einschließlich 30. September 2025 eine Fallzahlensenkung verglichen mit dem Vorjahreszeitraum.

Für eine fundierte Aussage zur Wirksamkeit der WMVZ bedarf es jedoch eines längeren Betrachtungszeitraumes.

Die angegebenen Daten wurden der fortgeschriebenen polizeilichen Eingangsstatistik (sog. Verlaufsstatistik) Polizei-Managementsystem Ressourcendatenbank (PolMan RS-DB) entnommen. Da im laufenden Prozess und zum Jahresabschluss eine nachgeordnete Qualitätssicherung erfolgt, kann der Datenbestand Änderungen unterliegen. Dadurch können unterschiedliche Abfragezeitpunkte zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen.

Im Betrachtungszeitraum vom 15. Februar 2025 bis zum 11. November 2025 wurden im Bereich der WMVZ Leopoldplatz 2.717 Kontrollen gem. § 42c WaffG durchgeführt. Dabei wurden 88 Messer und 19 sonstige Waffen/gefährliche Gegenstände beschlagnahmt. Im genannten Zeitraum wurden im Bereich dieser WMVZ keine Schusswaffen beschlagnahmt. (Quelle: PolMan RS-DB, Stand: 12. November 2025):

Pläne zur Ausweitung der WMVZ existieren aktuell nicht.

17. Wie viele Einsätze der Polizei gab es im Jahre 2025 am und um den Leopoldplatz (Malplaquet- und Antonkiez bis zum Martha-Ndumbe-Platz) und im Brüsseler Kiez im Zusammenhang mit der Betäubungsmittelkriminalität?

Zu 17.:

Daten zu Einsatzanlässen sind seitens der Polizei Berlin automatisiert nicht nach den in der Fragestellung genannten Kiezen aufgeschlüsselt recherchierbar. Alternativ wurden die Daten für den Bereich des Leopoldplatzes erhoben. Zur Beantwortung der Frage wurden alle Einsätze zum Einsatzanlass „Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz“ (BtMG) berücksichtigt, die im erfragten Zeitraum in dem genannten Bereich in der Polizei Berlin erfasst worden sind. Eine valide Aussage über die Gesamtzahl der Einsätze der Polizei Berlin ist nicht möglich. Belastbar und automatisiert können für den ausgewählten Zeitraum lediglich Einsatzanlässe recherchiert werden, die z. B. durch Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern im Einsatzleitsystem der Polizei Berlin (Datawarehouse (DWH) PELZ) erfasst wurden. Es wird darauf hingewiesen, dass Einsatzanlässe aufgrund der im Verlauf des

Einsatzgeschehens gewonnenen Erkenntnisse nicht in jedem Fall Rückschlüsse auf die ggf. eingeleiteten Strafvermittlungsverfahren ermöglichen.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2025 bis zum 12. November 2025 wurde der Einsatzenanlass „Verstoß gegen das BtMG“ 21-mal im Bereich des Leopoldplatzes erfasst (Quelle DWH PELZ, Stand: 14. November 2025).

Darüber hinaus führte der A 17 seit Jahresbeginn insgesamt 39 Schwerpunkteinsätze im Bereich des Leopoldplatzes durch (Quelle: interne Datenerhebung A 17, Stand: 14. November 2025).

18. Inwiefern gibt es eine Veränderung bei der Delikthäufigkeit in 2025 im Vergleich zur schriftlichen Anfrage S19-20462?

Zu 18.:

Die angegebenen Daten wurden der fortgeschriebenen polizeilichen Eingangsstatistik (sog. Verlaufsstatistik) Datawarehouse Führungsinformation (DWH FI) entnommen. Da DWH FI stets den tagesaktuellen Stand der im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung erfassten Daten widerspiegelt, unterliegt der Datenbestand einer fortlaufenden Änderung. Dadurch können unterschiedliche Abfragezeitpunkte zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen.

Als räumliche Begrenzung wurde der Bereich des ehemaligen kriminalitätsbelasteten Ortes (kbO) Leopoldplatz definiert.

Die erfragten Daten sind in der folgenden Tabelle enthalten:

Straftaten im Bereich des ehemaligen kbO Leopoldplatz	01.01.23 - 30.09.24	01.01.24 - 30.09.25
Automateneinbruch	1	12
Baustelleneinbruch	0	0
Beförderungs-, Leistungerschleichung	133	123
Beleidigung pp. auf sexueller Grundlage	2	0
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	80	74
Betrug	30	21
Brandstiftung	0	0
Computerkriminalität	0	0
Diebstahl an/aus Kraftfahrzeug	179	215
Erpressung	3	2
fahrlässige Tötung	0	0
Fahrraddiebstahl	80	85
Förderung der Selbsttötung	0	0
Geld-, Wertzeichenfälschung	3	3

Straftaten im Bereich des ehemaligen kbO Leopoldplatz	01.01.23 - 30.09.24	01.01.24 - 30.09.25
Geschäfts- und Betriebseinbruch	0	0
Hausfriedensbruch	46	54
Hehlerei	18	18
Keller- und Bodeneinbruch	0	0
Kioskeinbruch	0	0
Konkursstraftaten	0	0
Körperverletzung	288	297
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	136	135
Kraftraddiebstahl	14	16
Kraftwagendiebstahl	12	9
Ladendiebstahl	10	9
Laubeneinbruch	0	0
Menschenhandel	0	0
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	0	0
Mord und Totschlag	2	1
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	101	110
Raub	105	88
Sachbeschädigung	108	73
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	75	65
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen Feuer	6	4
Sachbeschädigung Feuer	0	0
Schwangerschaftsabbruch	0	0
sexueller Missbrauch von Kindern	3	0
sonstige Straftaten Strafgesetzbuch	4	3
sonstiger besonders schwerer Diebstahl	11	12
sonstiger einfacher Diebstahl	234	208
strafrechtliche Nebengesetze	27	26
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	28	29
Straftaten gegen das Aufenthaltsgesetz/Asylgesetz /Freizügigkeitsgesetz	62	85
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	23	31
Straftaten i. Z. m. BtMG/Neue-psychoaktive-Stoffe- Gesetz /Cannabisgesetz	438	624
Taschendiebstahl	194	202
Trickdiebstahl (bis 2023)	2	0
Umweltdelikte	2	1
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	6	3
Unterschlagung	48	73

Straftaten im Bereich des ehemaligen kbO Leopoldplatz	01.01.23 - 30.09.24	01.01.24 - 30.09.25
Urkundenfälschung	19	21
Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, sexueller Übergriff	1	0
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	0	0
Veruntreuung	0	0
Villeneinbruch	0	0
Vortäuschung einer Straftat	2	2
weitere Sexualdelikte	6	13
Wettbewerbs-, Korruptions-, Amtsdelikte	1	0
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	0	0
Widerstand/tätlicher Angriff	30	35
Wohnungseinbruch	0	0
gesamt	2.573	2.782

Quelle: DWH FI, Stand: 12. November 2025

19. Wie viele Straftaten gab es in 2025 rund um den Leopoldplatz (Malplaquet- und Antonkiez bis zum Martha-Ndumbe-Platz) und im Brüsseler Kiez im Kontext des dortigen Drogenhandels und wie häufig kam es bislang zu welchen verfahrensbeendenden Maßnahmen?

Zu 19.:

Daten im Sinne der Fragestellung sind seitens der Polizei Berlin automatisiert nicht nach den genannten Kiezen aufgeschlüsselt recherchierbar. Alternativ wurde für den Bereich „am und um den Leopoldplatz“ der Bereich des ehemaligen kbO Leopoldplatz herangezogen. Der Bereich „Antonkiez“ wurde als Planungsraum Antonstraße und der „Brüsseler Kiez“ als Planungsraum westliche Müllerstraße definiert. Die Daten zu den in der Polizei Berlin erfassten Betäubungsmittelstraftaten im Zeitraum vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Oktober 2025 können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Rauschgiftdelikte im Bereich des ehemaligen kbO Leopoldplatz	01.01.25-31.10.25
allgemeiner Verstoß mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form	6
allgemeiner Verstoß mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy)	2
allgemeiner Verstoß mit Crack	162
allgemeiner Verstoß mit Heroin	25
allgemeiner Verstoß mit Kokain	8
allgemeiner Verstoß mit NPS (BtMG)	1
allgemeiner Verstoß mit sonstigen BtM (ohne Cannabis und Zubereitungen)	14

Rauschgiftdelikte im Bereich des ehemaligen kbO Leopoldplatz	01.01.25-31.10.25
unerlaubte Abgabe und Besitz von Kokain einschl. Crack in nicht geringer Menge	1
unerlaubter Handel mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- o. flüssiger sowie in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) in nicht geringer Menge	1
unerlaubter Handel mit Crack	75
unerlaubter Handel mit Heroin	5
unerlaubter Handel mit Heroin in nicht geringer Menge	1
unerlaubter Handel mit Kokain	5
unerlaubter Handel mit Kokain einschl. Crack in nicht geringer Menge	15
unerlaubter Handel mit Methamphetamin in Pulver-, kristalliner o. flüssiger sowie in Tabletten- bzw. Kapselform in nicht geringer Menge	1
unerlaubter Handel mit sonstigen Btm (ohne Cannabis und Zubereitungen)	8
Werbung für Betäubungsmittel (ohne Cannabis und Zubereitungen)	1
gesamt	331
davon Handel	111
Anteil Handel	34%

Quelle: DWH FI, Stand: 12. November 2025

Rauschgiftdelikte im Planungsraum westliche Müllerstraße	01.01.25-31.10.25
allgemeiner Verstoß mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form	1
allgemeiner Verstoß mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy)	2
allgemeiner Verstoß mit Crack	4
allgemeiner Verstoß mit Heroin	1
allgemeiner Verstoß mit Kokain	1
allgemeiner Verstoß mit sonstigen Btm (ohne Cannabis und Zubereitungen)	2
unerlaubter Handel mit Crack	2
unerlaubter Handel mit Kokain	3
unerlaubter Handel mit Kokain einschl. Crack in nicht geringer Menge	2
unerlaubter Handel mit sonstigen Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge (ohne Cannabis und Zubereitungen)	1
gesamt	19
davon Handel	8
Anteil Handel	42%

Quelle: DWH FI, Stand: 12. November 2025

Rauschgiftdelikte im Planungsraum Antonstraße	01.01.25-31.10.25
allgemeiner Verstoß mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form	1
allgemeiner Verstoß mit Crack	9
allgemeiner Verstoß mit Heroin	1
allgemeiner Verstoß mit Kokain	4
allgemeiner Verstoß mit NPS (BtMG)	1
allgemeiner Verstoß mit sonstigen Btm (ohne Cannabis und Zubereitungen)	2
unerlaubter Handel mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- o. flüssiger sowie in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) in nicht geringer Menge	1
unerlaubter Handel mit Crack	1
unerlaubter Handel mit Kokain	2
unerlaubter Handel mit Kokain einschl. Crack in nicht geringer Menge	2
unerlaubter Handel mit sonstigen Betäubungsmitteln (ohne Cannabis und Zubereitungen)	2
gesamt	26
davon Handel	8
Anteil Handel	31%

Quelle: DWH FI, Stand: 12. November 2025

Es wurden im Jahr 2025 (Stand 25.11.2025) 380 entsprechende Ermittlungsverfahren (Tatzeitpunkt 2025) erfasst. Hierbei kam es in 364 Fällen zu verfahrensbeendenden Maßnahmen (Quelle: POLIKS).

Berlin, den 27. November 2025

In Vertretung

Ellen Haußdörfer

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege